

Berlin, den 14. März 2012

● **Expertenkommission der Bundesregierung: Familien brauchen Zeit füreinander**

Der achte Familienbericht der Bundesregierung „Zeit für Familie“, der heute im Kabinett beraten wurde, stellt die Bedeutung von gemeinsam verbrachter Zeit für das Gelingen von Familie heraus. Im Bericht werden die Gründe für subjektive und objektive Zeitknappheit der Familien in Deutschland untersucht. Die Expertenkommission des Berichts macht viele Vorschläge, wie die Zeitsouveränität der Familien erhöht werden kann. Damit trifft das Thema des Berichts einen zentralen Punkt des familialen Alltagslebens. Zeit ist in Familien nämlich tatsächlich zu knapp.

Die „Lösung“ der Zeitkonflikte übernehmen in vielen Fällen die Frauen: Sie reduzieren ihre Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung der Kinder oder zur Pflege älterer Familienangehöriger. Gesetzlich besteht die Möglichkeit die Arbeitszeit zu reduzieren, sofern dem nicht betriebliche Gründe entgegen stehen. Davon machen vor allem Mütter kleiner Kinder Gebrauch. Sie bringen damit sich selbst in eine schlechte Position am Arbeitsmarkt und gefährden langfristig ihre Alterssicherung. Wenn sie später die Arbeitszeit wieder erhöhen wollen, ist das viel schwieriger und im Wesentlichen auch wieder vom Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig. „Seltsamerweise wird Teilzeitkräften immer wenig zugetraut und Fortbildungen werden ihnen nur selten angeboten. Da muss zum einen ein Umdenken bei den Arbeitgebern stattfinden“, fordert Christel Riemann-Hanewinkel, die Präsidentin der eaf, „zum anderen müssen aber auch die gesetzlichen Möglichkeiten erweitert werden. Der Bericht der Expertenkommission liefert dafür Anregungen“, so Frau Riemann-Hanewinkel weiter, „aber sie werden von der Bundesregierung nicht aufgegriffen.“

Doch damit allein ist es nicht getan. Zahllose Studien belegen, dass Hausarbeit und Sorgetätigkeiten zu einem weit überwiegenden Teil von Müttern übernommen werden, ganz egal ob sie Vollzeit, Teilzeit oder auch gar nicht erwerbstätig sind. „Da ist ein grundsätzliches Umdenken nötig und Väter müssen stärker Haushalts- und Sorgetätigkeiten in der Familie übernehmen. Diese Problemanzeige benennt der Bericht sehr deutlich, bleibt aber leider dabei stehen. Vorschläge für entsprechende Anreize finden sich im Bericht so gut wie gar nicht“, kritisiert Frau Riemann-Hanewinkel.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche Deutschlands.

● Christel Riemann-Hanewinkel
Präsidentin

● Dr. Insa Schöningh
Bundesgeschäftsführerin

Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon: 030 | 28 39 54 00
Telefax: 030 | 28 39 54 50
info@eaf-bund.de | www.eaf-bund.de